



Brüssel, den 28. Mai 2025  
(OR. en)

9072/25

LIMITE

SAN 238

## VERMERK

---

Absender: Generalsekretariat des Rates  
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

---

Betr.: Präventivmaßnahmen der EU, einschließlich Verringerung des Tabak- und Alkoholkonsums  
– *Gedankenaustausch*

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen Hintergrundvermerk des Vorsitzes zur Strukturierung des Gedankenaustauschs zum Thema „Präventivmaßnahmen der EU, einschließlich Verringerung des Tabak- und Alkoholkonsums“ auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz – Bereich Gesundheit) am 20. Juni 2025.

**Einleitung**

Bei Beratungen auf Tagungen des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) sowohl während des polnischen Vorsitzes als auch während früherer Vorsitze wurde deutlich, dass Maßnahmen in den Bereichen Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung immer dringlicher werden. Die sichtbare Verlangsamung des Anstiegs der Lebenserwartung in den EU-Ländern stellt einen deutlichen Aufruf zum Handeln dar. Gleichzeitig besteht Einvernehmen darüber, dass heutige Investitionen in die öffentliche Gesundheit eine sicherere Zukunft bedeuten, wodurch zukünftige und unvermeidbare Spannungen in den Gesundheitssystemen verringert werden.

Wissenschaftliche Erkenntnisse deuten zunehmend auf den hohen sozialen und wirtschaftlichen Wert der Gesundheit der Bevölkerung hin. Eine gesunde Bevölkerung stärkt das Wohlergehen des Einzelnen, erhöht den sozialen Zusammenhalt und die ökonomische Effizienz der Arbeit und senkt die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Behandlung und Pflege von Kranken. Gesundheit verursacht nicht nur Kosten für die Menschen, sondern hat auch einen messbaren sozialen und wirtschaftlichen Wert. Alle Maßnahmen, die die langfristige Gesundheit der Bevölkerung verbessern, sind kosteneffizient.

Die Ausgaben für die öffentliche Gesundheit müssen systematisch und konsequent gesteigert und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten muss verstärkt werden. Es bedarf schneller und intensiver Maßnahmen, um die Auswirkungen negativer Gesundheitsfaktoren zu verringern. Dazu sollten Regulierungs- und Bildungsmaßnahmen, Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung und die Krankheitsprävention zählen.

Wir müssen viel schneller und wirksamer auf Phänomene reagieren, die infolge der Auswirkungen kommerzieller Gesundheitsfaktoren entstehen und durch die umfangreichen Investitionen der Industrie in die Vermarktung schädlicher Produkte angetrieben werden.

Es ist notwendig, Kenntnisse über die Wirksamkeit und Effizienz von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu sammeln und zu bewerten. Diese Maßnahmen müssen interdisziplinär sein und über die traditionellen abgegrenzten Bereiche der Verwaltung der Sozialversicherung, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, des Umwelt- und des Klimaschutzes sowie des Schutzes der biologischen Vielfalt hinausgehen. Sie erfordern eine systematische Planung, Bewertung und kontinuierliche Anpassung im Hinblick auf eine Optimierung, wobei auch auf sich immer schneller verändernde Verhältnisse reagiert werden muss. Ein sehr wertvoller Aspekt ist in diesem Zusammenhang die regelmäßige und formelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und auf Ebene der Europäischen Union.

## Alkoholkonsum

Die Aufgabe, den Alkoholkonsum zu begrenzen, sollte vor dem Hintergrund der öffentlichen Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit betrachtet werden.

Nach Angaben der WHO ist der Alkoholkonsum der drittwichtigste Risikofaktor für die menschliche Gesundheit.

Mehr als 200 Krankheiten können mit dem Alkoholkonsum in Verbindung gebracht werden.<sup>1</sup> Die häufigste Todesursache im Zusammenhang mit Alkoholmissbrauch sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen, darunter Herzinfarkte und Schlaganfälle.

In zahlreichen wissenschaftlichen Studien wird Ethanol als führender Faktor genannt, der das Risiko für mindestens sieben bösartige Tumore erhöht, einschließlich Tumoren der Mundhöhle, des Rachens, des Kehlkopfs, der Brust und der Leber.

Es besteht auch ein wesentlicher Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und psychischen Erkrankungen.

Polen ist das EU-Land mit der höchsten Anzahl von Todesfällen, die durch psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum verursacht werden.

Die Folgen einer vergeblichen Verringerung des Alkoholkonsums sollten uns alle dazu veranlassen, darüber nachzudenken, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die öffentliche Gesundheit und Sicherheit zu verbessern und die sozioökonomischen Kosten zu senken.

Forschungsergebnissen und den damit verbundenen Empfehlungen der WHO zufolge sind die wirksamsten Maßnahmen

- die **Einschränkung der wirtschaftlichen Verfügbarkeit** durch eine angemessene Preispolitik für Alkohol,
- die **Einschränkung der physischen Verfügbarkeit**, das heißt die Begrenzung der Zahl von Alkoholverkaufsstellen und deren Öffnungszeiten, und
- **Verbote und Beschränkungen für Werbung und Verkaufsförderung** für alkoholische Getränke und Durchsetzung der Rechtsvorschriften in diesem Bereich.

---

<sup>1</sup> <https://www.who.int/europe/news-room/fact-sheets/item/alcohol-use>.

Die Einschränkung der physischen und wirtschaftlichen Verfügbarkeit von Alkohol ist eines der wirksamsten, kostengünstigsten und am leichtesten zugänglichen Instrumente zur Verringerung des Alkoholkonsums. Die physische und wirtschaftliche Verfügbarkeit von Alkohol wirkt sich unmittelbar auf das Verbrauchsniveau und die damit verbundenen gesundheitlichen und sozialen sowie die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Probleme aus.

Die genannten Strategien sollten durch Präventiv- und Bildungsmaßnahmen unterstützt werden. Bildung, Prävention, Suchtbehandlung und Unterstützung für Familien können jedoch die Politik der Kontrolle und Beschränkung des Zugangs zu Alkohol nicht ersetzen. All diese Elemente sollten in eine umfassende Alkoholpolitik einbezogen werden.

### **Konsum von Tabak- und Nikotinerzeugnissen**

Vor elf Jahren wurde die Richtlinie 2014/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/37/EG veröffentlicht.

In den letzten Jahren sind in Europa neue Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit entstanden, die die Umsetzung einer wirksamen Politik der Europäischen Union zur Bekämpfung des Rauchens erheblich behindern (zum Beispiel Produkte mit synthetischem Nikotin, elektronische Einwegzigaretten). Die Verwendung dieser Produkte ist besonders für junge Menschen gefährlich, da sie eine echte Bedrohung darstellt, die zur Abhängigkeit Tausender Minderjähriger von dem toxischen Stoff Nikotin führen könnte. Die Mitgliedstaaten ergreifen verschiedene Maßnahmen, um den Konsum von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen zu verringern. Es ist wichtig, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überwachen.

## Maßnahmenvorschläge für die Mitgliedstaaten

- **Entwicklung eines systematischen, institutionellen Erfahrungsaustauschs** zwischen nationalen und internationalen Einrichtungen im Bereich der verschiedenen Gesundheitsprogramme und -maßnahmen, einschließlich des Austauschs von Daten und Erfahrungen in Bezug auf Erfolge und Misserfolge von Initiativen im Bereich der öffentlichen Gesundheit
- **Sondierung und Entwicklung gemeinsamer europäischer Ansätze** für die Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention, die durch den Wissensaustausch, Ressourcen und die Unterstützung für die Harmonisierung von Normen einen Mehrwert schaffen können, einschließlich der Einigung auf transparente und kohärente Kriterien für die Bewertung von Maßnahmen, um deren hohe Qualität aufrechtzuerhalten
- **Durchführung von Tätigkeiten zur Anwendbarkeit und Anpassungsfähigkeit bewährter Verfahren** in verschiedenen nationalen und lokalen Kontexten auf der Grundlage der systematischen Organisation von Informationen in Bezug auf wirksame Maßnahmen in Themenbereichen und Zielgruppen von Maßnahmen

Bei der Planung öffentlicher Gesundheitsleistungen in der gesamten EU sollte Folgendes berücksichtigt werden: Theorien und wissenschaftliche Erkenntnisse, die sich rasch wandelnden Bedürfnisse der Gemeinschaften, verfügbare Ressourcen und Präferenzen, kontextbezogene Faktoren für das Leben der Menschen und die ergriffenen Maßnahmen. Insbesondere sollte den Gesundheitsbedürfnissen der Bevölkerung in verschiedenen Lebensphasen Rechnung getragen werden. Gleichzeitig muss Kindern und Jugendlichen, die neuen und negativen Reizen ausgesetzt sind, sowie sensiblen Gruppen, einschließlich älterer Menschen, Vorrang eingeräumt werden.

Die Krankheitsprävention – insbesondere die Prävention von Infektionskrankheiten – ist zu einer großen Herausforderung für die Europäische Union geworden, die von offenen Grenzen und Freizügigkeit gekennzeichnet und mit einer zunehmenden Einwanderungswelle aus verschiedenen Teilen der Welt konfrontiert ist.

## ZU ERÖRTERNDE FRAGEN

1. Was sind Ihrer Meinung nach in den nächsten drei bis fünf Jahren die wichtigsten Prioritäten im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Europäische Union?
  2. Gibt es Tätigkeiten, die auf EU-Ebene über die europäischen Institutionen durchgeführt werden sollten? Um welche Tätigkeiten handelt es sich dabei?
  3. Welche praktischen Maßnahmen können wir innerhalb der EU und unter den Mitgliedstaaten ergreifen, um die institutionelle Zusammenarbeit bei der Krankheitsprävention und der Gesundheitsförderung zu stärken?
-